



Öffentliches Recht und Europarecht AKTUELL

34/2011 26.08.2011

REDAKTIONELLE LEITUNG:

Priv.-Doz. Dr. Franz Leidenmühler / Ass.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

I. Bundesgesetzblatt

[BGBl II 280/2011](#)

Verordnung der Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie mit der die **Führerscheingesetz-Gesundheitsverordnung** geändert wird (**5. Novelle zur FSG-GV**)

[BGBl II 281/2011](#)

Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend die **Gebühren für die Inanspruchnahme des Bundesvergabeamtes**

[BGBl II 282/2011](#)

Verordnung der Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur, mit der die Verordnung über **Bildungsstandards im Schulwesen** geändert wird

II. Amtsblatt der EU

[ABI L 213 v 19.08.2011, 1](#)

Endgültiger Erlass des Berichtigungshaushaltsplans Nr 2 der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2011 (2011/495/EU, Euratom)

III. Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts

A. Verfassungsgerichtshof

03.05.2011, [U 2659/10](#)

AsylG; Verletzung im **Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Ausweisung einer mongolischen Staatsangehörigen **mangels Ermittlungen** zum aktuellen Gesundheitszustand der Beschwerdeführerin

10.06.2011, [V 22/11](#)

DevisenG; Individualantrag auf Aufhebung einer die Kontosperrung des Antragstellers anordnenden Verordnung der Österreichischen Nationalbank unzulässig; keine aktuell unmittelbare Betroffenheit im Hinblick auf eine von der Europäischen Union getroffene Maßnahme betreffend das Einfrieren von Vermögenswerten des Antragstellers angesichts der Lage in Libyen

16.06.2011, [B 965/10](#)

RAO; keine Verletzung verfassungsgesetzlich gewährleisteter Rechte durch **Verhängung einer Geldstrafe über einen Rechtsanwalt** auf Grund eines **rechtskräftigen Schuldspruches wegen Verrechnung überhöhter Honorare**

B. Verwaltungsgerichtshof

16.06.2011, [2009/10/0173](#)

ForstG; Rodung von 10 m² Waldfläche für botanisch homöopathische Forschung; kein ausreichendes öffentliches Interesse an der Rodung; keine ausreichende Begründung zur Notwendigkeit der Rodung; keine ausreichende Spezifizierung der Forschung

21.06.2011, [2010/22/0020](#)

AVG; Zweifel am Vertretungsverhältnis zwischen RA und Bf; in Wien lebender Stiefvater des Bf kann RA beauftragen, weil **kein direktes Vollmachtsverhältnis gesetzlich vorgeschrieben** wird

20.07.2011, [2007/17/0164](#)

TierprämienV 2000; Rückzahlung von Rinderprämie wegen falsch berechneter Weidefläche; V gesetzwidrig, aber auf Beschwerdefall anwendbar, weil kein Anlassfall; keine Beachtung der Vermessung durch den Geometer, weil dieser Hindernisse nicht flächenmindernd abzieht; Hinweis auf vorangegangene Verwaltungspraxis nicht geeignet, Rechtswidrigkeit des Bescheids darzutun

20.07.2011, [2011/17/0097](#)

Tir VeranstaltungsG; Beschlagnahmung von 9 Spielautomaten; EuGH-Entscheidungen setzen nicht nationale Vorschriften außer Kraft, wenn diese unionsrechtswidrig sind (vgl. 2011/17/0068); zum Zeitpunkt der Erlassung des § 12a GSpG keine Notifikationspflicht; **Befugnis zur behördlichen Sicherungsmaßnahme** bleiben unberührt, wenn Verwaltungsstraftatbestand neben gerichtlich strafbaren Tatbestand besteht

IV. Gerichtshof der Europäischen Union

A. Gerichtshof

Keine Urteile im Berichtszeitraum.

B. Schlussanträge

Keine Schlussanträge im Berichtszeitraum.

C. Gericht

Keine Urteile im Berichtszeitraum.

V. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

Keine relevanten Urteile im Berichtszeitraum.

Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren

Senden Sie ein E-Mail mit Ihrem Namen, Ihrer beruflichen Funktion sowie der E-Mail-Adresse, an die der Newsletter zugestellt werden soll, an oeer-aktuell@jku.at.

Disclaimer

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

Impressum

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenbergerstraße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Priv.-Doz. Dr. Franz Leidenmühler, Ass.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Univ.-Ass. Mag. Julia Eder, Wiss.-Mitarbeiter Fabian Hanz.